Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 2. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 3. Januar 1933. | 15. Jahrgang.

Da du einst geboren warst ans Licht,
Weintest du, es freuten sich die Deinen;
Lebe so, daß, wenn dein Auge bricht,
Du dich freust, die Menschen aber weinen.

K. Gerok.

Londoner Brief.

Großbritannien an der Jahreswende.

Es ist auch in London keine angenehme Aufgabe, jetzt am Ende des Jahres einen Rückblick auf die verflossenen Monate zu werfen und zu prophezeien, was demnächst hier noch werden wird. Das letztere unterläßt man am besten ganz, denn niemand weiß hier, was kommen wird, fast alle Tage bringen neue Ueberraschungen, und wenn etwas geschieht, ist es gewöhnlich das Gegenteil oder wenigstens ganz etwas anderes als man erwartet hatte. Der Premierminister MacDonald würde wahrscheinlich ein sehr verdutztes Gesicht machen, wenn man ihn auffordern würde, etwas über die nächste Zukunft vorherzusagen. Ein sehr bekannter hiesiger Politiker schrieb dieser Tage in einer hiesigen Zeitschrift, es gäbe im Parlament und unter den Politikern überhaupt nur zwei Menschen, die imstande wären, in die Zukunft zu sehen, nämlich Lloyd George und Winston Churchill. Beide sind bekanntlich unverbesserliche Propheten, die immer höchst falsch prophezeien, so daß man am besten tut, nicht zu wiederholen, was die beiden in den letzten Sitzungen des Unterhauses zu erzählen wußten.

Wir haben hier bekanntlich wenige Wochen vor Anfang dieses letzten Schreckensjahres Neuwahlen für das Parlament gehabt. Mit der Labourregierung, die unter MacDonald am Ruder war, ging es nicht mehr. Sie hatte so schrecklich mit dem Gelde gewüstet, daß das Land am Abgrund stand. Die Labourregierung hatte es, was ja ganz natürlich ist, als ihre erste Aufgabe angesehen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sie tat das ohne Rücksicht auf die Kosten, sodaß die Arbeitslosen in vielen Fällen mehr Arbeitslosenunterstützung bekamen, als wenn sie arbeiteten, mit dem Resultat, daß die Leute sich ganz wohl dabei fühlten, um se mehr, als sich niemand sonst um sie kümmerte, solange sie nur still und ruhig zu Hause saßen oder an den Straßenecken herumstanden und niemanden störten. Geschwindelt wurde, wo es nur immer ging, und Leute mit Tausenden in der Bank und sonstigen Nebeneinkommen bezogen ruhig ihre Arbeitslosenunterstützung. Schließlich sah MacDonald selbst ein, daß es so nicht weiter gehen könnte, und er beschloß mit mehreren seiner Kollegen, eine Nationalregierung zu schaffen, da es nur mit einer solchen weitergehen könnte. Bekanntlich ergaben die Wahlen einen vollständigen Sturz der Labourleute und eine riesige „nationale" Mehrheit, bestehend in erster Linie aus Konservativen, einigen liberalen Gruppen und ein paar früheren Labourministern. Die besten Kenner englischer Verhältnisse sagten es dem Premierminister gleich voraus, daß es so mit einer angeblichen Nationalregierung nicht gehen würde, und es ist auch nicht gegangen. Eine Umwandlung des Kabinetts haben wir bereits in dem ersten Jahr erlebt, zwei liberale Gruppen u. der frühere Sozialist Lord Snowden sind aus dem Kabinett ausgeschieden. Vorläufig bilden sie eine besondere Art halbenergischer Opposition, die nur gelegentlich Schwierigkeiten macht, wenn es sich um den Freihandel und die Tarife handelt, und Lord Snowden hat man in das Oberhaus geschickt, damit er ganz mundtot wäre. So hat man die Tarifmauer um Großbritannien herumgezogen und hätte gern aus dem britischen Weltreich einen Schutzzollverein gemacht, was aber wegen des Widerstandes der Dominien nicht ging. Das bisherige Ergebnis ist, daß die Schutzzöllner behaupten, alles ginge viel besser als früher und die Freihändler sagen das Gegenteil. Natürlich ist es noch viel zu früh, um ein Urteil zu fällen. Das Budget ist auf eine bessere Grundlage gestellt worden, aber das gilt nur von dem laufenden Jahr, und man hat das nur erreichen können, nachdem man sich entschlossen hatte, die Steuerzahler in einer Weise zu schröpfen, daß es nicht ein zweites Mal so geht. Die Leute haben weit über Fähigkeit Einkommensteuer zahlen müssen, so daß viele ihr Kapital angreifen mußten und viele überhaupt nicht zahlen konnten, sondern in das Gefängnis wandern mußten oder vor dieser Aussicht stehen. Aber wenn man davon absieht und nur in Betracht zieht, daß der Staat diese Einkünfte gehabt hat, dann ist die Lage natürlich weit günstiger als im vorigen Jahr, wo eine Partei nicht wagen konnte, was sich eine nationale Regierung leisten konnte, besonders, wo die Konservativen eine solche Uebermacht haben. Wie die Dinge jetzt stehen, haben wir ja eigentlich eine konservative Wirtschaft mit einem Premier, der sein ganzes Leben Sozialdemokrat war. Man hat sich zuerst Gedanken darüber gemacht, was am Ende aus MacDonald werden würde unter solchen Umständen. Er kann unmöglich zu der konservativen Partei übergehen, und die Labourleute wollen ihn unter keinen Umständen zurückhaben. Die Lösung wird ganz einfach sein, denn der Gesundheitszustand des Premiers wird diesen bald zwingen, ganz zurückzutreten. Er hat kein ausgesprochenes Leiden, welches seinem Leben plötzlich ein Ende setzen könnte, aber er hat eine Augenkrankheit, wegen welcher er vorigen Sommer zweimal operiert wurde, sodaß er jetzt nur einige wenige Stunden am Tage lesen kann, zwei Stunden des Morgens und zwei gegen Abend. Das wird sehr strenge eingehalten. Außerdem läßt der ganze Nervenzustand des Ministers sehr viel zu wünschen übrig. Bei seiner letzten Audienz beim König verlor er während eines Vortrages so den Faden, daß der Monarch warten mußte, ehe die Audienz zu Ende gebracht werden konnte. Unter solchen Umständen kann es natürlich nicht sehr lange mehr gehen. Eigentlich sollte Baldwin, der konservative Führer, Nachfolger werden, er will aber nicht, und nach ihm hat Neville Chamberlain, der Schatzkanzler, die beste Aussicht, während Lloyd George und Winston Churchill tun, was sie können, um an MacDonalds Stelle zu treten.

MacDonald hat während dieses Jahres alles Erdenkliche getan, um auf dem Wege von Konferenzen etwas zu erreichen. Man kann nicht behaupten, daß er auf diese Weise viel durchgesetzt hat, [illegible] viel weiter gekommen. Aber eins muß man ihm zugestehen: diese Konferenzen hat er vielleicht mehr offensichtlichen Zusammenbruch vermieden, als das vielleicht anders der Fall gewesen wäre. Lausanne rechnet sich die Regierung hier als ganz großen Erfolg an und man verspricht sich angeblich noch immer viel von der großen Weltfinanzkonferenz des kommenden Jahres, trotz des Mißerfolges Hoover — Roosevelt. Also darüber kann man jedenfalls die Akten noch nicht schließen. Aber mit den drei indischen Konferenzen vom Runden Tisch ist man herzlich wenig weiter gekommen, und wenn nicht jetzt die Arbeiten, die in den Kommissionen geleistet werden muß, etwas ganz Besonderes zutage fördert, dann muß man in bezug auf Indien mit einem vollständigen Versager rechnen. Was es über die Abrüstungskonferenz zu sagen gibt, ist ja wohl klar genug, um nicht noch einmal wiederholt zu werden. So kann sich selbst MacDonald, der natürlich bestrebt ist, das Jahr, während dessen er an der Spitze einer Nationalregierung stand, besonders herauszustreichen, auch nicht behaupten, daß etwas Besonderes erreicht worden wäre. Wieviel Unheil vermieden worden ist, ist eine andere Frage. —

Siedlung und Arbeitsbeschaffung.

Es hat zu einer schweren Beunruhigung geführt, daß nach dem Sturz des Reichskanzlers Dr. Brüning das von ihm angekurbelte Siedlungsvorhaben von seinem Nachfolger nicht weiter gefördert wurde, sondern im Sande verlief. Von dem Nachfolger Dr. Schieles, dem jetzigen Reichsernährungsminister Freiherrn von Braun, ist bekannt, daß er für die Durchführung eines großzügigen Siedlungsplanes keine große Freudigkeit zeigt. Man kann deshalb die große Sorge derjenigen verstehen, die mit Recht der Auffassung sind, daß durch tatkräftige Förderung des Siedlungswerkes eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewährleistet und außerdem Tausenden von Familien die Bodenverbundenheit wiedergegeben wird. Es wirkte daher befreiend, daß der Reichskanzler von Schleicher sich in seiner Rundfunkrede eindeutig für eine beschleunigte Fortführung des Siedlungswerkes aussprach und den Umfang der im Jahre 1933 durchzuführenden Maßnahmen andeutete. Kaum haben diese Ausführungen des Reichskanzlers in den Kreisen der Siedlungsfreunde eine beruhigende Wirkung ausgeübt, da melden sich auch wieder jene Kräfte, die Herrn Dr. Brüning ein Bein stellten und sich vergnügt die Hände rieben, als sein Siedlungsvorhaben zum Erliegen gebracht war. Die Großgrundbesitzer, die als ihre Sprachrohre über die Organe großer landwirtschaftlicher Organisationen verfügen, betonen schon jetzt, drei Tage nach der Kanzlerrede, daß die Ankündigung des Reichskanzlers, eine Verstärkung der Siedlung in den Ostgebieten vorzunehmen, und zu diesem Zwecke etwa 800 000 Morgen aus dem Besitz nicht mehr sanierungswürdiger Güter des Ostens aus der Osthilfe herauszunehmen, in der Landwirtschaft des deutschen Ostens eine ungeheure Beunruhigung und Verbitterung ausgelöst habe. Dem Reichskanzler unterstellt man, daß er sich anscheinend nicht bewußt gewesen sei, daß er mit diesen Zahlen das Vernichtungsurteil über Tausende von Existenzen ausgesprochen habe, die das Opfer der verkehrten Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit geworden seien, und daß es sich bei allem, was bisher geschehen sei, um einen unzulänglichen Versuch handele, eine Schuld des Staates abzutragen, die die verfehlte Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit auf sich geladen habe. Es sei deshalb Pflicht des Reichsernährungsministers, vor allem die Siedlungsexperimente abzuwehren, die lediglich von parteipolitischer Voreingenommenheit gegen den Großgrundbesitz des Ostens diktiert würden.

Wir wissen uns als Freunde der Landwirtschaft von solcher Voreingenommenheit frei und haben wiederholt im „Aufwärts" aus der Erkenntnis heraus, daß auch der Großgrundbesitz eine große nationale und wirtschaftliche Bedeutung hat, einer den Großgrundbesitz erhaltenden Wirtschaftspolitik das Wort geredet. Wir glauben deshalb das Recht zu haben, zum Ausdruck bringen zu dürfen, daß diese ablehnende Einstellung der Großgrundbesitzerkreise zum Siedlungsvorhaben des Reichskanzlers zu bedauern ist und auch nicht als gerecht bezeichnet werden kann. Wenn in der dem Großgrundbesitz zur Verfügung stehenden Presse zunächst auf den Verlust der Existenzen hingewiesen wird, dann erfordert es die Gerechtigkeit, zu berücksichtigen, daß die landwirtschaftlichen Besitzer, so sehr wir jede Loslösung landwirtschaftlicher Familien von ihrem ererbten Besitz aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen bedauern, nicht allein von den Fehlern des Staates und der furchtbaren Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen wurden, sondern große und kleinere Industrie- und Handelsunternehmungen, Gewerbetreibende aller Art, und in dieser Auswirkung Millionen Arbeiter und Angestellte ebenfalls um ihre Existenz gekommen sind. Ohne die Sorgen des Landwirts verkleinern zu wollen, sei gesagt, daß die ungeheure Not der Arbeitslosen, keine Kleidung, kein Essen, dem Hunger als täglichen Gast, die Unmöglichkeiten, den hohlwangigen Kindern auch nur halbwegs ausreichende Nahrung geben zu können, in diesem Ausmaß auf dem Lande nicht spürbar ist. Wenn nun der Staat, wie gefordert wird, der Landwirtschaft ausreichende Sanierungsmaßnahmen zuteil werden lassen soll, dann entspricht es der Gerechtigkeit, auch anderen Erwerbsschichten in dem Maße unter die Arme zu greifen, wie das der Landwirtschaft gegenüber schon geschehen ist. Das ist jedoch für den Staat, der über die Mittel nicht verfügt, eine Unmöglichkeit. Auch kann man ihm die Verpflichtung dazu nicht restlos übertragen, da bei aller Anerkennung seiner Schuld er doch nicht für das verantwortlich gemacht werden kann, was unter den Begriff: „eigene Schuld" fällt. Wir unterlassen es, dem Gegner der Landwirtschaft diese Selbstschuld zu illustrieren; wenn man aber den Staat für alles verantwortlich macht, dann soll man nicht vergessen, daß wirtschaftliche Unfähigkeit, übertriebene Lebenshaltung und der mangelnde Wille, sich den zur Einschränkung mahnenden Zeitverhältnissen anzupassen, die Schuld des Staates in manchen Fällen ergänzen. Die Gerechtigkeit erfordert es auch, daß, wenn man vom Staat Sanierungsmaßnahmen fordert, selbst da, wo die überschuldeten Güter nicht mehr sanierungsfähig sind, nicht nur an sich, sondern auch an die allgemeine Not gedacht und die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen auch für andere anerkannt wird. Wir haben aber in der schon gekennzeichneten Presse selten oder überhaupt nicht Worte des Bedauerns gefunden, wenn den Arbeitslosen, Invaliden und Kleinrentnern die kärglichen Bezüge gekürzt wurden, wohl aber brachte man, wenn aus diesen Kreisen Forderungen nach Erhöhung der Unterstützungen erhoben wurden, zum Ausdruck, daß der Staat unmöglich Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat sein könnte. Diese Ungerechtigkeit ist es, die uns Veranlassung gibt, einmal den Finger auf diese Wunde zu legen. Der Egoismus sieht nur die eigene Not, selten die der anderen. Aus ihm wird die Forderung nach ausreichender Hilfe geboren ohne Rücksicht darauf, was aus den anderen wird. Diese egoistische Einstellung spaltet unser Volk, schafft Gegensätze, Verbitterung und Unversöhnlichkeit und hindert die Zusammenfassunng aller Kräfte, die notwendig wären zur Ueberwindung aller wirtschaftlichen und seelischen Nöte des deutschen Volkes. Gerade deshalb bedauern wir den neuesten Versuch, unter Beihilfe der Bürokratie die guten Vorsätze des Reichskanzlers von Schleicher zu durchkreuzen und den Siedlungsplan zu sabotieren. Wir hoffen nicht, daß der Reichskanzler, der ja selbst im Siedlungsausschuß des Reichskabinetts den Vorsitz übernommen hat, mit sich spielen läßt.

Städt. Bibliothek S 839
411

Unrichtig ist auch, wenn in einer Korrespondenz darauf hingewiesen wird, daß die Siedlung für die Arbeitsbeschaffung belanglos sei, da Tausende von Landarbeiterfamilien und viele Gutsbeamte ebenso erwerbs- und existenzlos gemacht würden. Erstens scheint man zu übersehen, daß auf Antrag von Franz Behrens vor wenigen Jahren im Reichstag in einer Novelle zum Siedlungsgesetz festgelegt wurde, die Arbeiter u. Angestellten eines aufzuteilenden Gutes in erster Linie anzusiedeln. Kann man sich besseres Siedlermaterial denken? Zweitens ist die Heranziehung weiterer Siedlungslustiger erforderlich und drittens gibt der Bau der Wohnhäuser und Scheunen Arbeitsgelegenheit für die Bauhandwerker, Kleineisen- und Holzindustrie. Ferner erfordert das Ansetzen vieler Siedlerfamilien die Ansässigmachung von Gewerbetreibenden verschiedener Art. Nein, Siedlung und Arbeitsbeschaffung kann man nicht trennen; sie gehören zusammen. Wenn es dann noch gelingt, durch eine besondere wirtschaftspolitische Pflege der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion dem bäuerlichen Siedler Lebensmöglichkeit zu geben, dann wird auch eine Besserung der Gesamtlage des Ostens zu erwarten sein. W. W.

Parlamentarische Grotesken in Südamerika.

TU. Buenos Aires, Ende Dezember 1932.

Der Parlamentarismus in den südamerikanischen Staaten ist seit seinem Entstehen stets mehr oder weniger eine Farce geblieben. Als General Bolivar vor etwa hundert Jahren in Paris und später am Hofe in Madrid sich mit den Verhältnissen in Europa bekannt machte und ein begeisterter Anhänger der Freiheitsideale der französischen Revolution wurde, da dachte er nicht daran, er, der in seiner Heimat Venezuela an die Spitze der Bewegung gegen den spanischen Vizekönig trat, daß alle diese Ideale sich in dem neuen Weltteil schwerlich durchführen ließen. Dennoch erhielten die südamerikanischen Republiken Verfassungen, die mehr oder weniger eine Nachahmung der europäischen waren.

In Südamerika herrschte um jene Zeit eine spanischblütige feudale Oberschicht, die allen politischen Einfluß besaß. Das niedere Volk, die eingeborenen Indianer und die eingeführten schwarzen Sklaven und ihre Nachkommen, galten kaum als Menschen, die Anspruch auf Rechtsschutz hatten. Nach dem Sturz des Vizekönigs entstanden im Lande Diktatoren und Generäle, die die Macht an sich rissen und oft mit größerer Willkür als die Despoten des Mittelalters regierten. In den hundert Jahren hat sich zwar manches geändert, aber eine wirkliche Demokratie, die auf reinem Parlamentarismus fußt, hat es in Südamerika niemals gegeben. Durch Jahrzehnte bekämpften sich Cliquen, eine Oligarchie wechselte mit der anderen, Revolutionen waren an der Tagesordnung und sind es auch bis heute noch geblieben.

Zwar besitzen Argentinien, Chile, Brasilien, Peru, Venezuela usw. demokratische Verfassungen, aber auch die überzeugtesten Anhänger der Demokratie werden nicht die Behauptung aufstellen, daß in diesen Ländern demokratisch regiert werde. Die jüngste Revolution in Brasilien, der Aufstand der Sao Paulistaner gegen den Präsidenten Dr. Vargas in Rion de Janeiro, der angeblich angezettelt wurde, um das demokratische Regime zu retten, brach zusammen. In Brasilien wurde zwar das allgemeine Wahlrecht eingeführt, jedoch bleiben die Analphabeten von der Ausübung des Wahlrechts ausgenommen. Da nun etwa 70 v. H. der brasilianischen Einwohner diese schwere Kunst des Lesens und Schreibens nicht beherrschen, so müssen sie den Wahlurnen fernbleiben. Wählen die restlichen 30 v. H. einen Kandidaten, der der Regierung unbequem ist, so setzen sie sich einer nicht zu unterschätzenden Gefahr aus, denn eine wirkliche Kontrolle über die Wahlen hat schließlich nur die an der Macht befindliche Regierung selbst. In Argentinien machte der Staatsstreich des Generals Uriburu dem scheinparlamentarischen Regime ein Ende. Der Präsident Irigoyen wurde gefangen gesetzt, und der jetzige Präsident General Justo sieht sich gezwungen, mit eisernem Besen die Mißbräuche dieser Art Parlamentarismus auszukehren. Mit Hilfe von 4000 Bomben versuchten nun die Anhänger Irigoyens das parlamentarische System wieder einzuführen. Die Verschwörung wurde aufgedeckt, und die beiden radikalen früheren Präsidenten Irigoyen und Dr. Alvear wurden gefangen gesetzt. In Chile hatte der „Mussolini Südamerikas", General Ibanez, ein strenges Militärregiment eingeführt. Eine Verschwörung stürzte ihn, und Alessandri, der Abgott der Freiheitlichen, gelangte jetzt zur Macht. Jedoch wäre es ein Irrtum, in Chile von der Wiederherstellung des Parlamentarismus zu reden. Paraguay und Bolivien führen miteinander einen Urwaldkrieg im Chaco. Die Präsidenten Dr. Ayala und Dr. Salamanca sind mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet und brauchen sich wenig um die Scheinparlamente zu kümmern. In Peru hat General Sanchez Cerro fortlaufend mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Militäraufstände und Verschwörungen sind an der Tagesordnung. Der vom Präsidenten und Diktator Leguia abgeschaffte Parlamentarismus kann nicht als wiederhergestellt gelten. Aehnlich liegen die Dinge in Columbien, Ecuador und Venezuela.

General Bolivar, der die Verfassungen für Südamerika vorgearbeitet hatte, mußte auf seinem Totenbette bekennen, daß er „Wasser gepflügt" habe, d. h. daß seine freiheitliche Arbeit vergeblich gewesen sei. Und seit seinem Tode haben sich die Verhältnisse in Südamerika nicht grundlegend geändert.

Beschleunigung von Hausreparaturen

Berlin, 2. Januar.

Um möglichst schon in den nächsten Wochen eine starke Auswirkung der neuen Reichszuschüsse für Wohnungsinstandsetzungen zu erreichen, hat der Reichsarbeitsminister bestimmt, daß bei der Vergebung der Mittel in erster Linie Anträge berücksichtigt werden müssen, bei denen sofort oder innerhalb kurzer Zeit mit den Arbeiten begonnen werden soll. In dem Vorbescheid wird die Zusage des Zuschusses davon abhängig gemacht, daß diese Bedingung erfüllt wird. Auch wird der rechtzeitige Beginn der Arbeiten überwacht. Unter den danach in Betracht kommenden Anträgen sind solche in erster Linie zu berücksichtigen, bei denen die Arbeiten noch im Winterhalbjahr beendet sein werden.

Neue Klage Preußens

Berlin, 2. Januar.

Wie ein Berliner Blatt berichtet, will die preußische Regierung Braun wegen der beamtenrechtlichen Maßnahmen, die mit der Reform der Schulverwaltung verbunden sind, nochmals den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anrufen, sofern nicht durch eine neue Fühlungnahme mit dem Reiche ein gütliches Abkommen erzielt wird.

Hindenburgs Neujahrswünsche

Empfang des Diplomatischen Korps und der Reichsregierung. — „Die Arbeitsbeschaffung ist das Kernproblem unserer Zeit"

Berlin, 1. Januar.

Die Neujahrsempfänge beim Reichspräsidenten, die in diesem Jahre im Hause der alten Reichskanzlei stattfanden, in dem Reichspräsident von Hindenburg seit einigen Monaten wegen der Ausbesserungsarbeiten am Präsidentenpalais Wohnung genommen hat, wurden eingeleitet durch das Aufziehen der Wache. Reichspräsident von Hindenburg nahm am Portal die Meldung entgegen und empfing dann anschließend eine Abordnung der „Salzwirker Brüderschaft im Thale zu Halle" in seinem Arbeitszimmer, die ihm nach altem Brauch der Halloren Salz, Schlackwurst und ein Neujahrsglückwunschgedicht, das sogenannte Neujahrscarmen, überbrachte. Der Reichspräsident dankte herzlichst und sprach der Abordnung zugleich für ihre Brüderschaft seine besten Neujahrswünsche aus.

Um 11.30 begann die Anfahrt des Diplomatischen Korps. Eine ihm Ehrenhof aufgestellte Abteilung der Reichswehr unter Führung eines Offiziers erwies den Chefs der diplomatischen Vertretungen bei ihrem Eintreffen militärische Ehrenbezeugungen. Der Empfang selbst fand im Kongreßsaal statt. Als Doyen brachte der Apostolische

Nuntius Orsenigo

die Glückwünsche des Diplomatischen Korps in einer Ansprache zum Ausdruck, in der er dann auch darauf verwies, wie die lange Folge der Jahre an der bewunderungswürdigen Lebensfrische des Reichspräsidenten von Hindenburg spurlos vorübergeht. Der Nuntius streifte sodann kurz die Sorgen und Schwierigkeiten des letzten Jahres und fuhr danach fort:

Das neue Jahr übernimmt eine sorgenvolle Bilanz. Die internationalen Probleme, die sich ungelöst von Jahr zu Jahr hinschleppen, lasten auf ihm drückender und brennender als je zuvor.

Unter ihnen überragt eines alle anderen an gewaltigen Ausmaßen und behauptet den ersten Rang an Dringlichkeit: das Wirtschaftsproblem, das in Erscheinung tritt in der herzzerreißenden Notlage Tausender von Familien, die in jeder Nation mit dem Hunger ringen. Ich bin gewiß, einem innersten Herzenswunsch des Deutschen Reichspräsidenten zu entsprechen, wenn ich der Hoffnung Ausdruck verleihe, daß das neue Jahr die Völker vor allem den Weg zu wahrem wirtschaftlichen Wiederaufstieg finden lasse.

Nachdem Nuntius Orsenigo seine Ansprache mit der Uebermittlung der Glückwünsche der fremden Staatsoberhäupter und Regierungen für das Wohlergehen des Reichspräsidenten beendet hatte, führte

Reichspräsident von Hindenburg

nach Worten des Dankes und anknüpfend an die von dem Nuntius erwähnten Schwierigkeiten aus:

Sie haben eine nur zu schmerzliche Wahrheit ausgesprochen, wenn Sie darauf hinwiesen, wie überreich an Sorgen und Schwierigkeiten das vergangene Jahr für das deutsche Volk gewesen ist. Es hat in der Tat der Einsetzung äußerster Kraft, der Ergreifung ungewöhnlicher Maßnahmen bedurft, um unser staatliches und wirtschaftliches Leben vor gefahrvollen inneren Erschütterungen zu bewahren. Aber noch ist die Krise nicht überwunden. Noch sehen sich Millionen arbeitsloser Volksgenossen ohne sichere Daseinsgrundlage. Noch haben auch die anderen Schichten der Bevölkerung hart gegen die Not der Zeit zu kämpfen.

Unsere Sorge um die Zukunft wird verstärkt durch die Tatsache, daß sich wichtige internationale Probleme ohne

Der Wert der Unternehmer-Persönlichkeit

Von. O. Bungeroth.

In Nr. 265 des „Aufwärts" vom 10. Nov. 32 wurde ausgesprochen, daß heute der freien Wirtschaft in hohem Grade die Unternehmerpersönlichkeiten fehlten und, wo dieselben noch vorhanden wären, sie vielfach die Fühlung verloren hätten, nicht nur mit der Arbeitnehmerschaft ihres Werkes, sondern auch mit dem Werke selbst. Es bedeutet allerdings den Höhepunkt der Entpersönlichung, wenn eine Werksleitung erst aus der Zeitung erfährt, daß das Unternehmen in andere Hände geraten ist. Es scheint uns in der Tat der Krebsschaden der freien Wirtschaft zu sein, daß derselben die Persönlichkeiten fehlen, daß sie vielmehr durch Vergesellschaftung und Vertrustung mehr und mehr in die verderbliche Abhängigkeit vom Bankkapital geraten ist, und noch dazu in die des zwischen den Kontinenten vagabundierenden internationalen Großkapitals, wie Hugenberg in seiner bekannten Rede in Berlin mit Recht betont hat.

Das war in Deutschland früher anders. Eine, auch dem wirtschaftlichen Laien einleuchtende Illustration der früheren gesunden Verhältnisse auf dem Gebiet des Industrielebens findet man in dem von allen Schlagworten freien, glänzenden Roman von Rudolf Herzog: „Die Stoltenkamps und ihre Frauen." Unter dem Namen der Stoltenkamps verbirgt sich der Name der Firma Krupp, und zwar nicht nur der Industriefirma, sondern vor allem der Familie Krupp, wie das schon daraus hervorgeht, daß nicht allein die dieser Familie entstammenden Industriekapitäne, vor allem der Gründer des gewaltigsten deutschen Industrieunternehmens hier mit plastischer Deutlichkeit gezeichnet werden, sondern auch ihre Gattinnen, die den Unternehmern in den verschiedenen, oft recht gefahrdrohenden Phasen der Werksentwicklung mit ermutigendem und belebendem Zuspruch zur Seite standen.

Der eigentliche Held des Romans ist natürlich der Gründer der Firma: Friedrich Krupp. Es ist eine Lust, diesen intelligenten und tatkräftigen jungen Mann auf seinem Lebensweg zu begleiten und zu beobachten, wie er sich aus den kleinsten und bescheidensten Anfängen herausgearbeitet und wie er dem von seinem früh verstorbenen Vater erfundenen deutschen Gußstahl zum Siege verholfen hat über den bedeutend billigeren englischen Gußstahl. Dieser Sieg bedeutete zweifellos nicht nur für Krupps Werk eine Ueberwindung der englischen Konkurrenz, sondern für die gesamte deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ja deutscher Qualitätsarbeit überhaupt über die billigere Arbeit des Auslandes. Durch diese glänzende Entwicklung des deutschen Industrielebens wurde die von den Engländern zunächst als Warnungssignal erdachte Industriemarke: „Made in Germany" — „In Deutschland angefertigt" — allmählich zu einem Symbol industrieller deutscher Ueberlegenheit.

Aus welch bescheidenen Anfängen hat sich dies gewaltige Unternehmen durch die Führerpersönlichkeit Friedrich Krupps emporgearbeitet!. Es ergreift uns fast ein Gefühl des Mitleids, wenn wir den jugendlichen Krupp mit den ersten Gußstahlproben, die er seinem Vater verdankte, aber noch wesentlich verbessert hatte, auf der Enneper Landstraße einherziehen sehen, um dieselben in den Schmiedewerkstätten und in den Schleiferkotten an der Ruhr und nachmals im Sauerland bis Altena hinauf anzubieten. Aber die Schmiede und Schleifer an der Ruhr und an der Lenne sind vorsichtige und mißtrauische Leute. Der deutsche Gußstahl ist ihnen zu teuer im Vergleich mit dem englischen. Sie wollen es zunächst mit einer kleinen Menge versuchen, überzeugen sich aber bald, daß der deutsche Gußstahl besser und darum im Grunde billiger ist. Die Folge davon ist, daß der junge Besitzer der Gußstahlwerkstätte mit immer größeren Bestellungen von seinen Wanderungen zurückkehrt und seine kleine Fabrik durch Anbau zur Aufnahme von 45 Arbeitern erweitern kann. Die Arbeiter und Vorarbeiter stehen treu zu ihm. Als Krisenzeiten kommen, da ist es zunächst seine Großmutter, die als Inhaberin eines kleinen Geschäftes ihn finanziell unterstützt, vor allem aber seine Mutter, die ihm nicht nur neben ihrem Haushalt die Buchführung erleichtert, sondern ihn vor allem ermutigt durch eine immer fröhliche Miene, auch dann, wenn ihm einmal das Herz in die Schuhe fallen will. Eins aber ist charakteristisch für diesen aus dem Volke hervorgegangenen Mann, der die Nöte des kleinen Mannes am eigenen Leibe erfahren hatte: Auch in Zeiten, wo die Bestellungen ausbleiben, ja, wo ihn die Not der Zeit zwingt, vorübergehend seinen Betrieb stillzulegen, versucht er auf alle Weise, seine Arbeiter über Wasser zu halten, ja zahlt ihnen nach Kräften ihren Lohn aus. Im Einverständnis mit seiner Mutter, die neben der Haushaltung und Erziehung ihrer Kinder ganz dem Werk lebt, schränkt er sich in diesen Krisenzeiten aufs äußerste ein in seinem bescheiden, aber wohnlich eingerichteten Arbeiterhäuschen; alles Geld, was er zeitweise als Reingewinn betrachtet, steckt er in seine kleine Fabrik, um sein Werk zu fördern und seine Arbeiterschaft über Wasser halten zu können. Vor allem aber ist er darauf aus, bei dem langsamen, aber gesunden und sicheren Wachstum seines Unternehmens sich finanziell unabhängig zu machen und gewinnsüchtigen Verwandten, zu denen seine Großmutter jedoch nicht gehört hatte, ihr Leihkapital zu deren großem Erstaunen auf Heller und Pfennig zurückzuzahlen.

Diesen Grundsatz hat Friedrich Krupp mit eiserner Beständigkeit festgehalten. Freilich traten in den Revolutionsjahren an ihn gewaltige Anforderungen heran, zumal sich bis 1847 und 1848 sein Werk bedeutend vergrößert hatte. War doch allmählich die Güte und Reinheit seines Gußstahls weit über die Grenzen seines von ihm heißgeliebten preußischen Vaterlandes hinaus bekannt geworden. Da war er zeitweise gezwungen, sich mit Berliner Banken in Verbindung zu setzen. Kaufmännisch weniger veranlagt, als industriell und technisch, hatte er vor jener Krisenzeit den Fehler gemacht, keine größeren Reserven anzulegen für die fortwährend nötige Erweiterung seines Werkes. Das wurde ihm auch ganz offen zum Vorwurf gemacht von dem kaufmännischen Leiter seiner Fabrikanlagen. Diesen Fehler überwand nun Krupp, als sich die Konjunktur wieder hob nach den Revolutionsjahren; er machte sich völlig unabhängig von den Berliner Banken, so daß er sein Werk allmählich auch finanziell, nicht nur technisch, auf eigene Füße stellen konnte. Letzteres war schon vorher zum großen Teile dadurch geschehen, daß er seine Rohstoffe nicht mehr aus dem gewinnsüchtigen und profitgierigen England, sondern aus Schweden bezog, wo er auch eigene Erz- und Eisengruben aufkaufte.

Schluß folgt.

Lösung von einem Jahr ins andere schleppen und mit immer schwererem Druck auf der Welt lasten.

Sicherlich steht hierbei das Wirtschaftsproblem an hervorragender Stelle. Denn die Kräfte des einzelnen Landes reichen nicht aus, um allen seinen Bewohnern Arbeit und Brot zu verschaffen; es bedarf der verständnisvollen Zusammenarbeit der Regierungen, es bedarf vor allem einer großzügigen Neuordnung der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen, wenn die Lebensbedingungen für die Völker wieder erträglicher werden sollen.

Von der wirtschaftlichen Seite allein wird sich freilich die gegenwärtige Weltkrise nicht meistern lassen. Ihre Bewältigung kann nur dann gelingen, wenn die Grundlage aller Bevölkerungsbeziehungen, das gegenseitige Vertrauen wiederhergestellt wird. So treten neben der wirtschaftlichen Probleme mit nicht minderer Dringlichkeit die großen politischen Fragen, die heute der Lösung harren. Mit steigender Spannung wird ihre weitere Entwicklung gerade vom deutschen Volke verfolgt, dessen höchste Lebensinteressen hierbei auf dem Spiele stehen.

So ist es denn mehr als je das Gebot der Stunde, alle gutwilligen und fördernden Kräfte zusammenzufassen zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die heute nahezu überall in der Welt das politische, wirtschaftliche und soziale Leben der Völker bedrängen. Möge es im neuen Jahr endlich gelingen, einen entscheidenden Wandel der Dinge herbeizuführen und den Weg wieder frei zu machen für den Fortschritt der Menschheit!

Nach dem Austausch der Ansprachen begrüßte der Reichspräsident die einzelnen Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger und wechselte mit ihnen Neujahrswünsche. Im Anschluß daran fand der Empfang der Reichsregierung statt, zu dem sich die Reichsminister, der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und die Staatssekretäre des Reichs eingefunden hatten.

Reichskanzler von Schleicher

hielt eine Ansprache, deren wesentlichster Teil lautet:

Es ist mir eine hohe Auszeichnung, Ihnen zum neuen Jahre ebenso herzliche wie ehrerbietige Glückwünsche der Reichsregierung auszusprechen. Mit der Hoffnung, daß Ihnen zu unser aller Wohl weiterhin Gesundheit und Kraft erhalten bleiben, verbinde ich den Ausdruck des Dankes, daß Sie, Herr Reichspräsident, im vergangenen Jahre Ihr schweres Amt erneut auf sich genommen haben, um dem deutschen Volk weiterhin Führer und Vorbild zu sein. Meinen beiden Vorgängern im Kanzleramt ist es gelungen, Deutschland von der Last der Reparationen zu befreien. Damit ist der Weg gewiesen zur Erholung der deutschen und der Weltwirtschaft, und es ist dringend zu wünschen, daß die Regierungen aller Länder entschlossen auf dem Wege der wirtschaftlichen Vernunft weiterschreiten werden.

In der Abrüstungsfrage ist der Grundsatz der Gleichberechtigung von den Großmächten ausdrücklich anerkannt und der Abrüstungskonferenz die Aufgabe gestellt worden, diesen Grundsatz zu verwirklichen. Wir kehren auf die Konferenz zurück, um eine wahre allgemeine Abrüstung durchzusetzen und uns die gleiche Sicherheit zu verschaffen, die jedes andere Land genießt. Wenn es hierbei gelingt, der deutschen Jugend im Rahmen der Miliz das Recht zu wehrhaftem Staatsdienst wiederzugeben, so wird zugleich ein großer Schritt zum Ausgleich der inneren Gegensätze und zur Herstellung des Friedens in unserem Vaterlande getan sein.

Diesen inneren Frieden in Deutschland zu fördern, ist unser vornehmstes Ziel. Als Sie mich, Herr Reichspräsident, an die Spitze der Reichsregierung beriefen, haben Sie mir gesagt: Schaffen Sie Arbeit und suchen Sie die Spannungen in unserem deutschen Volke durch sozialen Ausgleich zu mildern. Die Reichsregierung wird diese Leitsätze zur Richtschnur ihres Handelns machen. Daß dieser Weg lang und schwer sein wird, darüber sind wir uns nicht im unklaren. Wir werden viel Kritik erfahren, weil wir viele berechtigte Wünsche wegen Knappheit der finanziellen Mittel zunächst nicht erfüllen können, und weil wir bei unseren Maßnahmen die Interessen aller Stände und Bevölkerungsschichten berücksichtigen müssen.

Wir werden aber versuchen, durch Ausgleich der Lasten und Hilfsmaßnahmen für die Schwachen und Notleidenden der sozialen Gerechtigkeit und damit der Beruhigung und der Wiederkehr des Vertrauens im deutschen Volke zu dienen.

Nehmen Sie, Herr Reichspräsident, zu Beginn dieses Jahres von uns das Gelöbnis entgegen, daß wir Ihnen als dem berufenen und bewährten Führer des deutschen Volkes auch im neuen Jahre folgen werden. Wie Sie im gläubigen Vertrauen im Dienst des Vaterlandes ausharren, so wird, hoffe ich, auch das deutsche Volk aus Ihrem Vorbild neuen Glauben an seine Zukunft und die Kraft zu erfolgreicher Arbeit im neuen Jahre schöpfen.

Reichspräsident von Hindenburg erwiderte die Neujahrswünsche der Reichsregierung und fuhr danach fort:

Die Wünsche, mit denen wir das abgelaufene Jahr begrüßten, sind zwar nicht alle in Erfüllung gegangen, dennoch hat die Entwicklung des Jahres 1932 manche Hindernisse, die uns bisher störend entgegenstanden, beseitigt und uns zur Hoffnung berechtigt, daß

die härteste Notzeit überwunden

und der Weg aufwärts nunmehr für uns frei wird. Die internationalen Beziehungen haben sich günstiger gestaltet, nachdem die Reparationsfrage, das große Hemmnis jeder wirtschaftlichen Erholung, im vergangenen Sommer endlich ihrer Lösung zugeführt wurde und im letzten Monat in der Abrüstungsfrage Deutschland die Gleichberechtigung eingeräumt worden ist; wir wollen hoffen, daß das neue Jahr die Verwirklichung dieses Grundsatzes bringen wird. Die deutsche Wirtschaft, die noch vor Jahresfrist sich in Lebensgefahr befand, hat sich nach den schweren Erschütterungen der Vorjahre allmählich wieder gefestigt und beschreitet den Weg langsamer Erholung. — Auch die innerpolitische Lage — der Gegenstand so vieler Sorgen — zeigt, wie es mir scheint, schüchterne Anfänge einer Entspannung.

Um auf dieser Bahn vorwärts und aufwärts zu schreiten, um das Vertrauen in die Kraft Deutschlands innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen wiederherzustellen, bedarf es der Fernhaltung aller Störungen des politischen Lebens und der Zusammenfassung aller staatsbewußten und vaterlandsliebenden Deutschen. Möge das neue Jahr auch in die seelische Verfassung des deutschen Volkes Besserung bringen, möge es in unseren Volksgenossen den Geist innerer Verbundenheit und enger Schicksalsgemeinschaft wiederkehren lassen und auch diejenigen, die jetzt noch ablehnend oder zögernd abseits stehen, zur Mitarbeit an der Überwindung der Not unserer Zeit und der Schaffung einer besseren Zukunft heranführen!

Die Aufgaben, die der Reichsregierung für die nächste Zeit obliegen, sind schwer und mannigfach. Mit Ihnen, Herr Reichskanzler, bin ich der Auffassung, daß es unser erstes Ziel sein muß, unserem Volke

Brot und Arbeit

zu schaffen, den Millionen arbeitswilliger Hände, die unfreiwillig feiern müssen, wieder Beschäftigung zu geben und den vielen Familien, in denen Not und Verzweiflung herrschen, Hoffnung und den Glauben an bessere Tage wiederzubringen. Daß dieses Werk gelingen und die Reichsregierung, gestützt auf die entschlossene und wertvolle Arbeit der Regierung Papen, das Problem der Arbeitsbeschaffung lösen möge, daß im Geiste der Nächstenliebe und in sozialem Mitempfinden allen Deutschen, die Entbehrung leiden, tätige Hilfe gebracht werde, ist mein hauptsächlichster Wunsch am heutigen Tage.

Die Arbeitsbeschaffung ist das Kernproblem unserer Zeit und die Frage, die alle Deutschen gleichmäßig angeht: Arbeitende und Arbeitslose sind in gemeinsamem Schicksal verbunden, denn sie zusammen sind das deutsche Volk.

Freilich Opfer und Geduld sind unerläßlich, wenn wir den Weg ins Freie finden und wieder aufwärts steigen wollen. Aber Kleinmut und Verzagtheit ist niemals deutsche Art gewesen und darf es gerade jetzt nicht sein. Wenn wir das Vertrauen in unsere eigenen Kräfte wiedergefunden haben, wenn wir uns in der Bereitwilligkeit, mitzuarbeiten und mitzuhelfen, zusammenfinden, so ist damit die sichere Grundlage gegeben, auf der wir zuversichtlich und erfolgversprechend weiterbauen werden. So lassen Sie uns in diesem Willen und in unerschütterlichem Glauben an die Zukunft Deutschlands in das neue Jahr eintreten und gemeinsam an die Arbeit gehen für deutsches Volk und Vaterland!"

Der Reichspräsident begrüßte dann die einzelnen Herren und nahm weiter die Neujahrswünsche des Reichstags, des Reichsrats, der Heeres- und der Marineleitung sowie der Reichsbank und der Reichsbahn entgegen. Auch Glückwunschtelegramme gingen wieder in großer Zahl aus allen Teilen des Reiches und auch aus dem Auslande, insbesondere aus den früheren deutschen Kolonien, beim Reichspräsidenten ein. Ebenso hatte auch Reichstagspräsident Göring dem Reichspräsidenten schriftliche Glückwünsche übermittelt, während die Neujahrswünsche des Reichstags durch den Vizepräsidenten Löbe übermittelt wurden.

Die Wilhelmstraße war während der Empfänge von Menschen überfüllt.

Treue und Pflichterfüllung

Neujahrserlaß Hindenburgs an die Wehrmacht.

Reichspräsident von Hindenburg richtete aus Anlaß des Jahreswechsels folgenden Erlaß an die Wehrmacht:

„Zum Neujahrstage spreche ich allen Angehörigen der Wehrmacht, Reichsheer und Reichsmarine, meine herzlichsten Glückwünsche aus. Die alten Soldatentugenden, Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung, sollen wie bisher die Richtschnur Eures Handelns bleiben."

Berlin, den 31. Dezember 1932.

Der Reichspräsident gez. von Hindenburg. Der Reichswehrminister gez. von Schleicher.

Parteiführer zum Jahreswechsel

Adolf Hitler veröffentlicht eine Neujahrsbotschaft an die Nationalsozialisten in der es u. a. heißt, er wisse, daß er am 13. August und am 25. November die vielleicht weittragendsten und schwersten Entschlüsse seines Lebens getroffen habe. „Ich tat es", so heißt es in der Botschaft dann weiter, „in der Ueberzeugung, daß man mit diesen Gegnern keine Kompromisse schließen dürfe, weil jedes Kompromiß hier den Keim der Vernichtung der Partei und damit der deutschen Zukunft in sich trägt." Gerade heute sei er auf das Aeußerste entschlossen, das Recht der Erstgeburt der nationalsozialistischen Bewegung nicht für das Linsengericht der Beteiligung an einer Regierung ohne Macht zu verkaufen. Die größte Aufgabe des kommenden Jahres werde die sein, den nationalsozialistischen Kämpfern in größter Klarheit vor Augen zu führen, daß die NSDAP. kein Selbstzweck sei, sondern nur ein Mittel zum Zweck.

Geheimrat Dr. Hugenberg, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, führt in einer Neujahrskundgebung aus: „Das Jahr 1932 hat den Zielen der Deutschnationalen Volkspartei drei wesentliche Erfolge gebracht. Auch in Preußen wurde das schwarz-rote System gestürzt. Die Wahlen beseitigten die Vorherrschaft des parlamentarischen Systems.

Auch in der Außenpolitik ist ein Schritt vorwärts getan. So unzulänglich das Ergebnis von Lausanne war, es hat doch das Ende der hemmungslosen Reparationspolitik gebracht. In der Abrüstungsfrage muß das neue Jahr die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit bringen. In wirtschaftlicher Beziehung steht das Problem der deutschen Auslandsverschuldung und die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Aenderung der deutschen Handelspolitik im Vordergrunde.

Prälat Kaas, der Vorsitzende der Zentrumspartei, ruft in seinem Neujahrsaufruf zur Sammlung auf. „Wer in Deutschland führt", heißt es dann weiter, „ist an sich herzlich gleichgültig. Wichtig ist nicht, was er ist, sondern was er kann. Ob Generalsstreifen ihn zieren oder ob er die Schwielen der Arbeit an den Händen trägt — entscheidend ist nur, wohin er führt und daß am Ende seines Weges der Friede steht und nicht der Kampf aller gegen alle."

Neujahrswünsche der Wirtschaft und der Gewerkschaften.

Die Christlich-Nationalen Angestelltenverbände fordern zum Jahreswechsel u. a. die Bildung eines Ständehauses.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund stellt an die Spitze seiner Neujahrswünsche die Forderung nach Unterbringung der Arbeitslosen und Erhaltung der sozialpolitischen Einrichtungen.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fordert Stetigkeit in der Staatsführung, innere Beruhigung und Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Vernunft auch in internationalen Beziehungen.

Industrie zuversichtlich

Berlin, 1. Januar.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie stellt zum Jahreswechsel fest, daß sich das Gesamtbild der innerwirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Lage Deutschlands in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 gebessert hat. Deutschland habe sich ein bewunderungswürdiges Kapital an unternehmerischer Initiative, an geistigem und technischem Rüstzeug, an Opferbereitschaft und an entschiedenem Willen zum Einsatz der letzten Kräfte erhalten.

Glückwunsch an Generaloberst von Einem

Der Reichspräsident hat Generaloberst von Einem telegraphisch die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 80. Geburtstage übermittelt. Ebenso hat Reichskanzler von Schleicher ein Glückwunschtelegramm gesandt.

Revision der Auslandsschulden

Deutschnationale Vorschläge zur Schulden- und Zinsfrage.

Berlin, 1. Januar.

In Fortsetzung der Veröffentlichung des deutschnationalen Aufbauprogramms werden jetzt auch die Vorschläge zur Schulden- und Zinsfrage bekanntgegeben. Zum Schluß heißt es:

„Wir verlangen von der Reichsregierung in der Grund- und Hauptfrage der Außenschulden sofortiges und energisches Vorgehen. Die reichen Länder, England und Frankreich verlangen Nachlaß ihrer Schuld wegen Summen, die einen Bruchteil der deutschen Jahresleistung ausmachen. Frankreich weigert sich jetzt, auch nur einige Dutzend Millionen Mark an seinen Gläubiger Amerika zu zahlen. Deutschlands Not wird sich zur Katastrophe steigern, wenn wieder ein geschichtlicher Augenblick versäumt wird.

2700000 Wohlfahrtserwerbslose

Berlin, 1. Januar.

Der Deutsche Städtetag teilt mit: Die Zahl der von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen ist nach den Ermittlungen der Arbeitsämter und Wohlfahrtsämter im November weiter stark gestiegen. Nach der amtlichen Zählung sind insgesamt 2 310 000 sogenannte „anerkannte Wohlfahrtserwerbslose ermittelt worden. Es sind gegenüber dem Oktober rund 110000 mehr. Die Erhöhung erklärt sich zum allergrößten Teil aus Neuzugängen bei der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Zum Teil sind auch Lücken der Oktober-Zählung durch nachträgliche Anerkennung von bereits unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen ausgefüllt worden.

Nach den Ermittlungen des Städtetages treten zu der Zahl von 2 310 000 „anerkannten" Wohlfahrtserwerbslosen weitere rund 400 000 arbeitsfähige Erwerbslose hinzu, die gleichfalls von den Gemeinden unterstützt werden, die aber bei der amtlichen Zählung nicht berücksichtigt sind, weil nach den amtlichen Zählungsvorschriften Personen über 60 Jahre und die große Zahl von früher selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden ausgeschlossen werden.

Oesterreich erhofft Vorschuß

Von der 300-Millionen-Anleihe 270 Millionen Schilling endlich gesichert.

Wien, 1. Januar.

Nach der Ratifizierung des Lausanner Anleiheprotokolls durch die Parlamente Italiens, Englands und Frankreichs erhofft die österreichische Regierung für Anfang Januar einen Anleihevorschuß und in Auswirkung davon Erleichterungen hinsichtlich der Wiederaufnahme des Transfers. Gegenwärtig beläuft sich die bereits garantierte Summe auf ungefähr 270 Millionen Schilling. Man hofft aber, die volle Summe von 300 Millionen zu erreichen, insbesondere da man glaubt, die noch in der Schweiz bestehenden Schwierigkeiten überwinden zu können.

Dollfuß über Oesterreichs Kurs

Aus Anlaß des Jahreswechsels empfing Bundeskanzler Dr. Dollfuß die Vertreter der Presse. Die Hauptaufgabe der österreichischen Politik zeichnete der Bundeskanzler in seiner Ansprache dahin: das Vertrauen in die eigene Währung und Wirtschaft wieder aufzurichten und das Ausland davon zu überzeugen, daß Oesterreich alles tue, um Treu und Glauben zu bewahren.

Dr. Dollfuß gab dann seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß ein loyales Arbeiten in der Richtung eines Einvernehmens mit anderen Staaten besonders mit dem Völkerbund „viel eher zu Erfolgen führe, als eine einseitige Aktion". Die Abstimmung in der französischen Kammer habe den Beweis erbracht, daß eine folgerichtige Politik, die auf das Vertrauen des Völkerbundes rechne, nicht vergeblich sei."

Die Arbeit der Reichsmarine

Das neue Jahr muß Freiheit von den Versailler Fesseln bringen.

Wilhelmshaven, 2. Januar.

Das neue Jahr steht für die Reichsmarine im Zeichen der Panzerschiffe: Zum ersten Male in der Nachkriegszeit wird ein deutsches Panzerschiff die Flagge hissen, während ein zweites Panzerschiff in Wilhelmshaven von Stapel laufen wird. Aehnlich stand auch das alte Jahr durch die Kiellegung eines dritten Panzerschiffs im Dienste des Ersatzes der veralteten Linienschiffe. Daneben bekam die Flotte das neue Artillerieschulboot „Bremse", nachdem vorher die Fischereischutzboote „Weser" und „Elbe" in Dienst gestellt worden waren.

Das neue Jahr muß der Marine mehr Freiheit von den Fesseln des Versailler Diktats bringen. Die Indienststellung der Panzerschiffe erfordert einen größeren Mannschaftsbestand: denn von den 15 000

Mann können nur 8500 für die Schiffsbesatzungen zur Verfügung gestellt werden, was für die gesamte Flotte viel zu wenig ist. Deshalb muß der Marine gestattet werden, den Personalbestand zu vergrößern; außerdem ist es der Schlagfähigkeit wegen erforderlich, endlich U-Boote und Flugzeuge zu bauen. Hoffen wir, daß in Genf hierfür eine befriedigende Lösung kommt.

Wie groß der Zug der deutschen Bevölkerung zur Marine ist, beweist die Zahl von 33 000 Personen, die sich im Jahre 1932 zum Marinedienst gemeldet hatten und von denen nur 1200 Mann genommen werden konnte.

Die Personalveränderungen, soweit sie kürzlich bekanntgegeben wurden, — die Veränderungen bei den Schiffen „Deutschland" und „Karlsruhe" betreffen — brauchen bei diesem Rückblick wohl nur in Erinnerung zurückgerufen zu werden, ebenso die Aenderungen im Herbst, wo die beiden Stationschefs in Kiel und Wilhelmshaven, der Oberwerftdirektor und die beiden Unterführer der Flotte wechselten.

In aller Erinnerung ist auch das tragische Unglück des Segelschulschiffes „Niobe", für das ein Ersatzbau entsteht. Erinnert werden muß auch noch an den Tod des Siegers vom Skagerrak, Admiral von Hipper, und an den Tod des um den Wiederaufbau der neuen Reichsmarine hochverdienten Admirals Zenker.

Besondere Erwähnung verdient vor allem die Tätigkeit der Marine im Ausland. Gerade im Jahre 1932 hat sie oft ihre Flagge in fremden Gewässern gezeigt. In der Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 30. September 1932 wurden 60 verschiedene Auslandshäfen von deutschen Kriegsschiffen angelaufen. Der Flottenchef selbst besuchte mit zwei Linienschiffen im Juli die norwegische Hauptstadt Oslo, der Befehlshaber der Linienschiffe auf der „Schlesien" im Juni Danzig; Kreuzer „Köln", der im Dezember seine Auslandsreise antrat, lief bei einer Atlantikfahrt im Januar die Kanarischen Inseln an und im Herbst Stavanger, Kreuzer „Königsberg" mit dem Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte und fünf Torpedoboote besuchten im Juni die schwedische Hauptstadt Stockholm. Schulkreuzer „Karlsruhe" führte eine zwölfmonatige Auslandsreise nach Amerika durch.

Umbau der Schulverwaltung

Bekanntgabe der Personalveränderungen in der preußischen Schulverwaltung.

Berlin, 2. Januar.

Die angekündigten Personalveränderungen in der preußischen Schulverwaltung werden amtlich bekanntgegeben. Bedingt sind diese Veränderungen dadurch, daß die Aufgaben der Provinzialschulkollegien mit dem 1. April 1933 auf die Oberpräsidenten übergehen und die Aemter der Vizepräsidenten und der Direktoren der Provinzialschulkollegien aufhören. Die Inhaber dieser Stellen werden daher zum 1. April in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Die Leitung der künftig bei den Oberpräsidenten einzurichtenden Verwaltungen für das höhere Schulwesen werden vom 1. April ab Regierungsdirektoren übernehmen. Hierfür sind zum Teil die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Vizepräsidenten in Aussicht genommen.

Bei den Oberpräsidien von Oberschlesien, der Grenzmark Posen-Westpreußen und Pommern werden im Hinblick auf den geringeren Geschäftsumfang Regierungsdirektorenstellen nicht eingerichtet. Hier werden Oberschulräte zur Leitung der Geschäfte unter den Oberpräsidenten gestellt werden.

Gleichfalls fallen ab 1. April bei den Provinzialschulkollegien fünf Oberschulratsstellen fort, und zwar zwei in Berlin und je eine in Oppeln, Breslau und Magdeburg, ferner vier mit Oberstudienräten besetzte Hilfsarbeiterstellen in Berlin (zwei), Königsberg und Koblenz, sowie zwei Stellen von Justitiaren und Verwaltungsräten in Berlin. Die unmittelbare Wiederverwendung im Staatsdienst ist für den größeren Teil der betroffenen Beamten in Aussicht genommen.

Endgültig in den einstweiligen Ruhestand versetzt und nicht wieder verwendet werden: die Vizepräsidenten Rotthake-Hannover und König-Berlin; Regierungsdirektor Israel-Berlin; die Oberschulräte Dr. Janssen-Breslau, Dr. Zipperling-Magdeburg und Frau Dr. Wegscheider-Berlin; Oberstudienrat Knolle-Berlin sowie die Verwaltungsräte und Justitiare Varentrapp und König in Berlin.

Wo stehen die Gemeinden?

Von Dr. J. Göb,
geschäftsführender Präsident des Preußischen Landgemeindetages West.

Die Gemeinden sind es, auf deren Rücken die Geißel der Arbeitslosigkeit geschwungen wird. Hier ist die Front, in der sich der Kampf um das tägliche Brot abspielt. In den Gemeinden vollzieht sich auch das Ringen der Wirtschaftsbetriebe aller Schattierungen um Existenz und Entwicklung. Dort stehen die letzten Barrieren, nach deren Zusammenbruch es nirgends einen Halt mehr gibt.

Angesichts dieser Tatsachen sollte man meinen, daß das Reich alles daran setzen würde, um in erster Linie die schwer gefährdeten Gemeindefinanzen in Ordnung zu bringen. Allerdings hat die Reichsregierung der den Gemeinden drohenden Gefahr Sicherungsmaßnahmen entgegengestellt und in mehreren Notverordnungen auch Abschnitte über die Sicherung der Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände aufgenommen. Sie hatte den Gemeinden in der Gemeindebier-, Getränke- und Bürgersteuer auch neue Einnahmequellen erschlossen, die später ausgebaut wurden. Aber es war von vornherein offenbar, daß diese neuen Quellen nicht so ergiebig sein konnten, um den Gemeinden auch nur einigermaßen einen Ausgleich gegenüber der ungeheuren Ausgabensteigerung, insbesondere der Wohlfahrtslasten, zu geben. Außerdem nahm das Reich den Gemeinden das, was es ihnen mit der einen Hand gab, mit der anderen wieder ab und schränkte die finanzielle Bewegungsfreiheit der Gemeinden immer mehr ein. Eine generelle finanzielle Hilfe für die Gemeinden durch eine Aenderung der untragbaren Regelung in der Aufbringung der Wohlfahrtslasten lehnte das Reich von Anfang an ab. Die Gemeinden wurden in der Hauptsache auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen. Besonders die kreisangehörigen Gemeinden blieben ihrem Schicksal selbst überlassen, da sie an den Hilfsmaßnahmen des Reiches an den zur Verteilung gelangenden Dotationen, die zunächst 60 Millionen dann 230 und später 672 Millionen RM betrugen, überhaupt keinen direkten Anteil hatten.

Im Jahre 1932 schien endlich nach langer mühevoller Arbeit der kommunalen Spitzenverbände das Ziel einer durchgreifenden finanziellen Hilfe für die Gemeinden durch die Notverordnung zur Erleichterung der gemeindlichen Wohlfahrtslasten, in der der Anteil der Gemeinden an den Wohlfahrtsausgaben auf 680 Millionen begrenzt werden sollte, erreicht und die schwere Last der Sorge für die Wohlfahrtserwerbslosen von den schwachen Schultern der Gemeinden genommen. Das Reich stellte die gewaltige Summe von 672 Millionen bereit.

Die Enttäuschung, besonders der kreisangehörigen Gemeinden, war jedoch um so größer, als sich herausstellte, daß sie an der vom Reich zur Verfügung gestellten Riesensumme selbst in den Fällen nicht unmittelbar beteiligt wurden, in denen sie weit über den Reichs- und Landesdurchschnitt hinaus unter der Dauerarbeitslosigkeit ihrer Bevölkerung leiden. Diese Gemeinden sind lediglich auf den preußischen Ausgleichsfonds angewiesen. Da die hier vorhandenen Mittel sehr gering sind und bei den laufenden Verteilungen, trotz besten Willens der Staatsregierung, nur etwa 60 Prozent des A-Bedarfs (Gehälter, Löhne, Unterstützungen) gedeckt werden konnten, so läßt sich die Unzulänglichkeit dieser Regelung klar erkennen, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß von den bewilligten Beträgen infolge Verrechnung durch die Landkreise nur ein geringer Teil in den Besitz der Gemeinden kommt. „Enttäuschte Hoffnungen, besonders der kreisangehörigen Gemeinden", das ist das Stimmungsbild zur Jahreswende.

Die Gemeinden hatten aber bestimmt geglaubt, daß wenigstens die Umschuldung der kurzfristigen Kredite durchgeführt würde. Dieses Problem ist wohl eines der unerfreulichsten in der neueren Finanzpolitik. Obwohl seit Jahren der Gesetzgeber die Notwendigkeit der Umschuldungsaktion betont hat, und die zuständigen Stellen an der Bereitstellung der Mittel, insbesondere aus der Hauszinssteuer, arbeiteten, ist diese für die Gemeinden so lebenswichtige Frage keinen Schritt weitergekommen. Das Reich hat vielmehr vor einigen Monaten erklärt, von der Durchführung der Umschuldung vorläufig absehen zu müssen und hat die Länderregierungen auf die Möglichkeit einer Umschuldungsaktion innerhalb des Landes verwiesen. Diese Einstellung erscheint um so eigenartiger, als ja die ganze Umschuldungsaktion bisher gerade daran gescheitert ist, daß die Länder nicht in der Lage waren, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

So kommt es, daß trotz der Erhöhung der Reichswohlfahrtshilfe und der Durchführung sonstiger Regierungsmaßnahmen die größte Zahl der Gemeinden im Finanzelend steckengeblieben ist. Vor allem die westlichen Landgemeinden stehen an der Schwelle des neuen Jahres vor einem finanziellen Chaos, dessen Ausmaß nicht zu übersehen und dessen Folgen nicht auszudenken sind. Nach wie vor führen sie einen verzweifelten Kampf um die Aufbringung der erforderlichen Wohlfahrtsgelder. 2,5 Millionen Wohlfahrtserwerbslose mit ihren Angehörigen, dazu das übrige Heer der Hilfsbedürftigen, der sogenannten „unsichtbaren" Arbeitslosen, stürmen gegen die Wohlfahrtsämter an und, je länger die Not andauert, desto größer werden die Anforderungen an Kleidung, ärztlicher Versorgung, Brennstoffen usw. an die Gemeinden. In manchen Landgemeinden besteht sogar die Gefahr, daß die Schulen geschlossen werden müssen, da kein Geld für Kohlen mehr da ist.

Neuorganisation der Arbeitslosenhilfe, — Neubau der kommunalen Selbstverwaltung; mit diesen beiden Hauptwünschen gehen die Gemeinden in das neue Jahr. Von ihrer Erfüllung wird sowohl die Zukunft der Gemeinden, als auch das Wohl von Staat und Reich abhängen. Die Lösung der wichtigsten staatspolitischen Gegenwartsaufgabe der Wiedereinordnung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß durch Wiederbelebung der Wirtschaft kann nur erfolgen, wenn es gelingt, die Gemeindefinanzen in Ordnung zu bringen. Bei der engen Verbundenheit von Wirtschaft und Gemeinden wird die ungestörte Durchführung des gesamten Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung lediglich durch eine geordnete Haushaltswirtschaft der Gemeinden ermöglicht. Eine Besserung der gemeindlichen Finanzwirtschaft aber wird erst dann eintreten, wenn die organisatorische und finanzielle Neuregelung der gesamten Arbeitslosenhilfe durch Loslösung der Wohlfahrtslasten von den Gemeindeetats und Betreuung der Arbeitslosen durch eine Stelle baldigst durchgeführt wird.

Ohne den Neubau der kommunalen Selbstverwaltung im Zusammenhang mit einer gleichzeitigen Verfassungs-Verwaltungs- und Finanzreform wird aber jedes Aufbauprogramm nur Teilwirkungen zur Folge haben. Die Grundfesten für die wirkliche Neuordnung des öffentlichen Lebens sind: Wiederherstellung der finanzpolitischen Verantwortung der Gemeinden durch Schaffung eines neuen Finanz- und Lastenausgleichs, neue Aufgabenteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung der veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie Vereinheitlichung des kommunalen Verfassungsrechts.

Aufgabe des Reiches muß es sein, bei der für das Jahr 1933 von den Gemeinden erwarteten Lösung dieser wichtigen Probleme, auch für den Sorgenkreis der Landgemeinden das erforderliche Verständnis zu haben und sie völlig gleichberechtigt zu behandeln. Die Landgemeinden haben bisher dem Reiche gegeben, was es von ihnen verlangen konnte; sie werden auch in dem neuen Jahre ihre Pflicht tun, in dem unerschütterlichen Glauben an ihre Zukunft und Kraft und in dem Bewußtsein ihrer hohen Aufgabe, an dem Wiederaufbau des deutschen Volkes an hervorragender Stelle mitarbeiten zu können.

Bethel.

— Heute, Montag, den 2. Januar, abends 8 Uhr in Zion ist das Thema für die Gebetswoche: „Dank der Betgemeinde für das Vorrecht des Glaubensgebets. Leiter Pastor Tegtmeyer.

— Christlicher Verein junger Mädchen.
Teilnahme an der Gebetswoche, jeden Abend um 8 Uhr in der Zionskirche.

— Christlicher Verein junger Männer.
Wegen der allgemeinen Gebetswoche lassen wir die Bibelstunde am Dienstag ausfallen. Wir beteiligen uns an der Veranstaltung der Gemeinde.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Geldknappheit - - !
Feine Maß-Anzugstoffe
blau, grau, schwarz und farbig Wollkammgarn
mtr. RM 4.80, 6.80, 8.80 und 10.80
Unverbindliche Mustersendung wird gern zugesandt!
Geraer Textilfabrikation G. m. b. H., **Gera B 75**

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des **„Aufwärts"**.

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.
*) Nichtzutreffendes streichen.

Die Bade-Anstalt Bethel
geöffnet, außer Montags, täglich von 8—11½, und von 2—5½ Uhr, Freitag und Sonnabend durchgehend von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends,
empfiehlt Bäder jeder Art
Fichten-, Sol-, Schwefel-, Moor-, Kohlensäure-, Sauerstoff-, Kamillen-, Thiosal- und Wannenbäder.
Elektrische Ganz- und Teillichtbäder, Ganz- und Teildampfbäder. Russisch-Römische Bäder.
Fango-Packungen, Bestrahlungen, Massagen.
Für Hauskuren alle medizinischen Zusätze: Fichtennadel bester Qualität, für Solbäder Ia Salinensalz.

Welche Anstalt der Inneren Mission würde bereit sein, einen ledigen
Schneider
anfangs der 50er, gegen Kost und Logis dauernd zu beschäftigen, wo er Gelegenheit hat, sich mit Reparaturen und Neuanfertigungen fleißig zu betätigen. Angeb. an die Geschäftsstelle unt. A. 3016.

Zurück!
Dr. K. Wehmeyer
Zahnarzt
Gütersloherstraße 12

Stellengesuche und Angebote haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

Bamberg Heiliggrabstr. 63 **Evang. Frauenarbeits-Schule** mit Pensionat
Berufsausbildung
a) Gründliche **hauswirtschaftliche** Ausbildung und **wissenschaftliche** Weiterbildung (Kaufm. Fächer, Musik, Sprachen) zugl. Ersatz für 9. u. 10. Schuljahr
b) Berufsausbildung für Nähen und Hauswirtschaft (für Töchter mit Lyzeumsabschluß)
c) Einjähriger Lehrgang für
Haushaltspflegerinnen (Hausbeamtinnen) mit **staatlicher** Abschlußprüfung.
(Ausbildung zur Leitung wirtschaftl. Betriebe).
Kursbeginn: Ostern. Frühzeitige Anmeldg. erbeten.
Vorbereitungskurs für c. Leitg. durch Diakonissen.

Anzeigen aus Bethel.

— Am Mittwoch, dem 4., und Donnerstag, dem 5. Januar, halten wir unsere Verkaufsräume wegen der Aufnahme geschlossen.

Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, alles, was in diesen beiden Tagen benötigt wird, bereits Montag oder Dienstag hereinzunehmen und uns frühzeitig entsprechende Aufträge zu erteilen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß wir am Freitag, den 6. Januar, mit dem Resteverkauf beginnen.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.